



Diana Golze

# KinderReich –

Mit LINKS von  
KinderArmut zur  
KinderRepublik

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

# Inhalt

**Vorwort Diana Golze**

**Grußwort Gregor Gysi**

**Diana Golze persönlich**

**Im Deutschen Bundestag**

**Kinder**Welten

Orientierungsläufe

Die Sitzungswoche

**Kinder**Orte

**Kinder**Arm

**Kinder**Welt

**Kinder**Recht

KiKo **Kinder**kommission

Direkter Draht in den Bundestag

Abstimmungen

Spende Diätenerhöhung

Idylle in Brandenburg?

**Presseschau**

**Dianas Wahlkreis –Politik für Menschen vor Ort**

Gleichwertige – nicht gleichförmige – Lebensverhältnisse im ganzen Land

Der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg  
ist hauptstadtzentriert und nicht ausgereift

„Zivilcourage vereint!“

Heranwachsende Generation einbeziehen und für Demokratie begeistern

Kommunalpolitisch verankert

Vorlesetag

**Danksagung**

# Vorwort

Ich kann mich noch gut an die fröhlichen Gesichter erinnern. Als ich am Wahlabend im September 2005 durch meinen Wahlkreis gefahren bin, um mit den Genossinnen und Genossen auf den Einzug in den Deutschen Bundestag anzustoßen und mich bei ihnen für den engagiert geführten Wahlkampf zu bedanken, da hatte dieser Abend so gar keine Ähnlichkeit mit dem Wahlabend 2002. Damals war die PDS an der 5-Prozent-Hürde gescheitert und damit nur noch durch zwei direkt gewählte Abgeordnete im Parlament vertreten. Nun gab es Grund zum Feiern. Fünf Frauen und Männern zogen von Brandenburg aus ins Berliner Politikgeschehen. Und eine von ihnen bin ich.

Dreieinhalb Jahre sind seit diesem Abend vergangen. Es gab weitere Gründe zum Feiern, wie die Gründung der Partei DIE LINKE oder die erste LINKE Oberbürgermeisterin. Im Deutschen Bundestag allerdings gab es eher Anlässe zum Kämpfen und zum wütend sein. Es begann mit der viermaligen Nichtwahl von Lothar Bisky zum Vizepräsidenten. Als Schriftführerin hatte mich dieses Ereignis besonders bewegt, denn ich bekam auch die schriftlichen Notizen auf den Stimmkarten und die höhnischen Kommentare der Schriftführer anderer Fraktionen mit. Sollte es in diesem Klima 4 Jahre weitergehen?

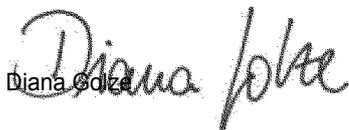
Ja, es gab weitere negative Höhepunkte. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent war nach dem Wahlkampfgetöse der SPD („Keine Merkelsteuer!“) ein Schlag ins Gesicht für alle Geringverdiener. Die Rente mit 67 wird in einigen Jahren die Lebensleistung der Menschen erst zwei Jahre später würdigen und für viele schmerzhaft Einschnitte in das knappe Ruhestandsbudget bedeuten. Dank der Gesundheitsreform zahlen die Menschen nun Eintritt in Arztpraxen und mehr Eigenanteile bei wichtigen Vorsorgeuntersuchungen.

Natürlich gab es auch Gewinner der Regierung Merkel/Müntefering-Steinmeier: Durch die Unternehmenssteuerreform wurden große Unternehmen in noch nicht genau zu beziffernder Milliardenhöhe entlastet. Da es noch immer keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, profitieren Arbeitgeber von Niedriglöhnen und staatlichen Kombilohnmodellen. Nicht zuletzt sich selbst hat die Mehrheit des Bundestages in die Tasche gearbeitet, denn es wurde im Schnellverfahren eine Diätenerhöhung beschlossen. Zwar stimmte die gesamte Opposition dagegen, doch nur die Fraktion DIE LINKE gibt seither dieses Geld an die wirklich Bedürftigen im Land weiter.

Die Liste der Einschnitte für viele und der Geschenke für wenige ließe sich fortsetzen. Aber sie wäre noch länger, hätte es nicht eine Fraktion in diesem Parlament gegeben, die immer wieder deutlich gemacht hat, dass hier Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen im Land gemacht wird. Wir haben klar Position bezogen und damit öffentlichen Druck erzeugt. Die Rücknahme der Kürzung der Pendlerpauschale ist nur ein Beispiel dafür, dass LINKS wirkt!

Ein heißer Sommer liegt nun vor uns – und ich bin äußerst optimistisch, dass er wie 2005 mit einem politisch erfolgreichen Abend – mit einer gestärkten LINKEN Fraktion im Deutschen Bundestag – enden wird.

Ihre

  
Diana Golze

## Fakten

### Parlamentarische Aktivitäten in eigener Verantwortung

- 29 Reden im Deutschen Bundestag
- Eine Große Anfrage
- Sieben Anträge
- Zwei Änderungsanträge
- Drei Entschließungsanträge
- Änderungsanträge zum Haushaltsplan des Bundes
- 24 Kleine Anfragen
- 180 Pressemitteilungen zu kinder- und jugendpolitischen Themen



*Diana Golze gemeinsam mit  
Dr. Gregor Gysi auf dem  
Neujahrsempfang der LINKEN 2008.*

## Wahlkampf – mit Diana Golze

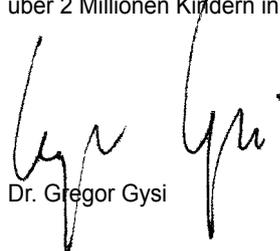
Diana Golze gehört zur jüngeren Generation von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. Das hat den Vorzug, relativ unbelastet und noch nicht so abgeklärt zu sein.

Mit der Erfahrung in der Abgeordnetentätigkeit wachsen auch die Herausforderungen. So wird Diana Golze erneut in ihrem Wahlkreis 61 in Brandenburg an der Havel kandidieren. Sie schrieb zu ihrer letzten Kandidatur auf ihrer Internet-Homepage, dass sie für ihren Wahlkreis angetreten sei und nicht für die große Weltpolitik. Das wird sich bei dieser Wahl grundlegend ändern, denn ihr Konkurrent ist kein geringerer als der amtierende Bundesaußenminister und Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier.

Im Bundestag selbst ist Diana Golze Mitglied und zeitweilige Vorsitzende der Kinderkommission. Nach ihrem Motto „Kinder sind keine kleinen und preiswerten Erwachsenen“ engagiert sie sich sehr für die Aufnahme der Rechte der Kinder ins Grundgesetz.

Darüber hinaus engagiert sie sich sowohl in ihrem Wahlkreis als auch im Bundestag für den Ausbau von flächendeckenden Kitaangeboten, für die Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen und für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung.

Mit meiner geschätzten Kollegin und Genossin verbindet mich vor allem, dass wir gemeinsam dafür kämpfen, einem der größten Übel in unserer Gesellschaft, nämlich über 2 Millionen Kindern in Armut, wirksam zu begegnen.



Dr. Gregor Gysi

## Diana Golze ganz persönlich



Geboren am 18. Juni 1975 in Schwedt/Oder und in einer Kleinstadt in der Nähe von Angermünde, aufgewachsen. Dort besuchte sie die POS und dann das Gymnasium. Die Abiturzeit war prägend für Diana, da für die damals 14-Jährige der politische Wandel 1989 schon äußerst spürbar war.

In dieser Zeit begann Diana ihr politisches Engagement. Im Schülerrat versuchte sie gemeinsam mit anderen Schülern, Veränderungen im Schulalltag durchzusetzen, u.a. ein Mitspracherecht der Schülerschaft bei der Besetzung der Schulleitung.

Seit Anfang der 1990er Jahre war sie Mitglied der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS. Dort wurden zahlreiche Aktionen durchgeführt, unter anderem: Mahnwachen während des Golfkrieges. Diana engagierte sich ebenfalls in einem selbstorganisierten Jugendprojekt.

Das war der Zeitpunkt, an dem Diana entschied, Sozialpädagogik zu studieren. Ihr Diplom legte sie im Jahr 2000 an der TU Berlin ab. Während des Studiums beteiligte sie sich an den Protesten gegen die Einführung von Studiengebühren.

Seit 1997 ist Diana Mitglied der PDS, der heutigen Partei DIE LINKE. Elf Jahre lang wirkte sie im Landesvorstand des Landesverbandes Brandenburg mit. Mittlerweile ist Diana Mitglied im Bundesausschuss, hat ein Mandat im Kreistag Havelland und ist die Vorsitzende der Rathenower Stadtverordnetenversammlung.

Seit 2004 ist sie verheiratet und auch Mutter einer Tochter sowie eines kleinen Sohnes.

Seit September 2005 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages.

### Funktionen im Bundestag

- **kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion**
- **Mitglied im Arbeitskreis IV, Gesundheit und soziale Sicherung**
- **Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
- **Mitglied in der Kinderkommission**

### ... im Landkreis Havelland und der Stadt Rathenow

- **Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Rathenow**
- **Mitglied im Kreistag Havelland**
- **Kreisvorsitzende DIE LINKE Havelland**
- **Mitglied im Bundesausschuss der Partei DIE LINKE**

### Engagement

- Durch aktives Engagement und/oder Mitgliedschaft unterstützt Sie die wichtige Arbeit folgender Vereine und Institutionen:
- **Mitglied im Unabhängigen Frauenverein Rathenow e.V.**
  - **Mitglied im Kleeblatt e.V. Rathenow**
  - **Mitglied im Aufsichtsrat der Kulturzentrum Rathenow gGmbH (ehrenamtlich)**



*Im Gespräch mit jungen Wählern*



*Mit kleinen Schülerlotsen*



*Mit Kindern aus Tschernobyl*



*Start der Ferienaktion  
„Ein Platz an der Sonne 2008“  
für Kinder aus ganz Deutschland  
29. Juli 2008*

# Im Deutschen Bundestag

## KinderWelten

Noch war das Berliner Büro leer – und zwar sprichwörtlich. Für die drei Räume gab es zu Beginn meiner Arbeit als Abgeordnete einen Schreibtisch und einen Stuhl – glücklicherweise aber genügend Papierkörbe, auf denen nun erst mal Politik gemacht werden musste. Doch auch wenn die Räume, in denen in den nächsten Jahren gearbeitet, gestritten, gegrübelt, auf den Tastaturen herumgehackt, Ideen geboren und manchmal auch wieder verworfen werden sollten, noch nicht nach wirklichem Bürobetrieb aussahen: Das Themengebiet, das hier in den kommenden Jahren im Mittelpunkt stehen sollte, nahm immer mehr Gestalt an. Für mich stand fest, dass Kinderrechte und der Kampf gegen Kinderarmut für mich an oberster Stelle stehen sollten. Dass sich damit verbunden aber viel mehr Nebenschauplätze auf tun werden, war mir zwar klar, in welchem Maße sie mich beschäftigen werden, sollten die kommenden vier Jahre zeigen: Und es gab einige.

## Orientierungsläufe

Doch zuerst musste ich mich mit meinen MitstreiterInnen in den Alltag eines Mitgliedes des Deutschen Bundestages hineinfinden. Abgesehen von den Orientierungsschwierigkeiten in den ersten Wochen und durch die unüberschaubar scheinenden Gänge in der „Unterwelt des Bundestages“, die die einzelnen Häuser verbinden, gab es natürlich viele andere Dinge, die einer Organisation bedurften. Es begann der Marathon der notwendigen Geschäftsordnungsfragen des Bundestages selbst und parallel der zur Fraktion. Besonders nachhaltig wirkt auf mich immer noch die Nichtwahl von Lothar Bisky zum Vizepräsidenten – am Ende war es nur ein Vorgeschmack auf das, was uns als Fraktion in den folgenden Jahren an Ablehnung und Ausgrenzung weiter widerfahren sollte. Die persönlichen Angriffe gegen Lothar Bisky und die damit verbundenen Vorwürfe gegen ihn, schmerzten mich dennoch, da es mit ihm jemanden traf, der auch in der Partei immer als Ausgleichender wirkte.

Doch jenseits dieses Eklats wurden einerseits die Fachausschüsse als Arbeitsgrundlage des Plenums gebildet und andererseits die Arbeitskreise in der Fraktion für deren Arbeitsfähigkeit eingerichtet. Damit war ein wichtiger Teil meines zukünftigen Arbeitsalltages hergestellt, der in den Sitzungswochen meinen Kalender bestimmen würde.

## Die Sitzungswoche

Die häufige Frage, die ich – wie sicher andere Angeordnete auch – immer wieder gestellt bekomme, wenn ich Besuchergruppen im Bundestag begrüße, ist die nach dem ständig gähnend leeren Plenum und wo denn die Abgeordneten eigentlich immer seien. Manchmal muss ich den Besuchern schmunzelnd antworten: „Vielleicht da, wo ich auch gerade bin: im Gespräch mit einer Besuchergruppe, die auf meine Einladung hin hier ist und völlig berechtigt auf ein Gespräch mit mir pocht.“ Die Reaktion darauf reicht von nachdenklichem Nicken bis zu einem kleinen leisen Lachen – weil darüber niemand nachgedacht hatte. Kopfschütteln kommt meist darüber, dass der Bundestag sich teilweise

freie Plätze selbst organisiert, in dem er Ausschusssitzungen oder Anhörungen parallel zum Plenum legt. Ich versuche auch deutlich zu machen, dass es häufig das politische Umfeld in Form von Verbänden, Institutionen oder anderen Einrichtungen seinen Beitrag dazu leistet, dass Abgeordnete überall sind – nur nicht bei den Debatten. Diese legen Einladungen für diverse Veranstaltungen, Diskussionen und Fachtagungen in die Sitzungswochen des Bundestages, um wiederum ihrerseits nach Möglichkeit viele Abgeordnete zu erreichen. Und so habe ich in den vergangenen knapp vier Jahren oft in der Zwickmühle gesessen, meine Kolleginnen und Kollegen im Plenum zu unterstützen und an den Debatten dort teil zu nehmen oder meine Fraktion auf Veranstaltungen oder bei kleineren Fachgesprächen zu vertreten. Denn der Zeitplan einer solchen Sitzungswoche wird durch viele verschiedene Seiten ohnehin schon sehr voll. Es war die akribische Arbeit meines Büros, die verschiedenen Termine zu organisieren und die scheinbar grenzenlose Fantasie, die Kalendereinträge farblich so zu gestalten, dass ich einen Überblick behalten kann.

Außerhalb meiner Fraktion will ich allerdings nicht die Hand dafür ins Feuer legen, dass sich die Abwesenheit einiger Abgeordneter vom Plenum mit den eben genannten Argumenten begründen ließe ...

## KinderOrte

Es ist ein altbekanntes Sprichwort: „Papier ist geduldig.“ Es trifft wohl auf kaum ein anderes Papier so sehr zu, wie auf den Koalitionsvertrag der CDU/CSU und der SPD, der im November 2005 verabschiedet wurde und die Eckpfeiler der Politik der schwarz-roten Koalition bilden sollte. Laut diesem Papier wollten die Koalitionäre viele wichtige Themen angehen: Bekämpfung der Kinderarmut, Ausweitung und Beschleunigung der Kindertagesbetreuung, verbesserte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und natürlich das Verbot von Killerspielen – einer der wenigen Punkte, der konsequent von den Koalitionsfraktionen bis zum Ende der Legislatur verfolgt wurde.

Allen voran stand eine Familienministerin, die – mit ihrer Gestik alle umarmend – den Kindern auf der Schattenseite des Lebens die nötige Beachtung und noch dringend nötiger die Verbesserung ihrer Lebensumstände bringen wollte. Die Familienministerin spricht aber nicht darüber, wie man diesen Kindern die nötige Förderung und Unterstützung durch ausreichende vorschulische Bildungs- und Betreuungsangebote zukommen lassen möchte. Die notwendigen Instrumente, um genau diese Kinder zu erreichen und dann ausreichend zu fördern, passen leider nicht in die Umarmung von Frau von der Leyen. Sie bleibt allzu oft in bloßen Ankündigungen stecken, denen dann kaum oder nur halbherzige Taten folgen, die schnell klar machen, dass sie eine Politik für die Familien und Kinder macht, deren Leben sonniger verläuft. Vom Elterngeld dieser Ministerin profitieren nur die besser verdienenden Familien. Es ist nicht zu bestreiten: Die finanzielle Situation von berufstätigen Frauen während der Erziehungszeit bedurfte einer grundlegenden Verbesserung. Dass dies aber auf dem Rücken der Familien mit geringen bzw. keinem Erwerbseinkommen geschieht, war und ist für mich nicht hinnehmbar – und das ist mit der Halbierung der möglichen Elternzeit geschehen. Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE einen eigenen Ansatz für die Gestaltung eines sozial gerechten Elterngeldes formuliert, den Sie hier finden können. Drucksachennummer: 16/1877

Ein weiteres Thema wurde durch die Familienministerin von ihrer Vorgängerin übernommen und in der Tat wirkungsvoll bis in die Wohnzimmer der Menschen gebracht: Die Kinderbetreuung. Bereits unter Rot/Grün wurde dieses Thema mit dem TAG (TagesbetreuungsAusbauGesetz) in Gesetzesform gegossen. Ziel war es, bis 2010 den Ausbau



*Beim betrachten der Fächer ehemaliger Abgeordneter beim Bundestagsrundgang*



*Gespräche im Landkreis Uckermark*



*Verabschiedung von Marie-Isabell Ziehm, die von Diana für einen Schüleraustausch mit den USA ausgewählt wurde*



*Rententour durch Brandenburg im September 2008*



*Festival für junge Politik in Berlin*



*Friedensfest in Strausberg*



*Bei der Wahl zur Direktkandidatin WK 61*



*Beim Fest zum 1. Mai 2007  
in Brandenburg an der Havel*

der Tagesbetreuung für die unter 3-jährigen so voran zu treiben, dass 230.000 neue Plätze mehr zur Verfügung stehen. Inzwischen wurde das auf das Jahr 2013 verschoben und konkrete Zahlen, für wie viele Kinder dann Angebote da sein sollen, gibt es schon seit längerem nicht mehr aus dem Hause von der Leyen.

Sicher, die Länder und Kommunen bekamen für den Ausbau der Kinderbetreuung nach vielem Hin und Her mittels eines eilig zusammengeschusterten Sondervermögens vergleichsweise gute finanzielle Anreize. Er verläuft dennoch so schleppend, dass selbst das Familienministerium die Einhaltung des Ausbauzieles anzweifelt. Für meine Fraktion habe ich notwendige Schritte für eine gute Kinderbetreuung aufgezeigt: Von Beginn der Legislaturperiode an forderte ich eine gebührenfreie Ganztagsbetreuung, eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnenausbildung und -entlohnung sowie eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Die Kita, die DIE LINKE fordert, ist eine Kita für alle Kinder, weil der Rechtsanspruch darauf ein Anspruch der Kinder ist und somit nicht vom Erwerbsstatus der Eltern abhängig gemacht wird. Für mich ist nach wie vor das Ausbauziel mit 35% Betreuungsquote für die unter 3-jährigen zu knapp gefasst – bedeutet es doch, dass für 65% der Kinder in dieser Altersgruppe weiter kein Kitaplatz da sein wird.

Die Forderung, dass frühkindliche Bildung für alle zugänglich sein muss, begründet auch mein klares NEIN zu den immer wiederkehrenden Versuchen, diesen Bereich noch weiter zu privatisieren. Kinder sind keine Ware und ihre Betreuung hat nichts auf dem freien Markt zu suchen! Nicht nur in den Zeiten der Finanzkrise stelle ich mich klar gegen Gewinnstreben in unseren Kitas, die dann auch noch mit staatlichen Geldern aufgebaut werden, wie es die Bundesregierung vorgesehen hatte. Das Argument des „belebenden Marktes“ durch private Träger werde ich auch in Zukunft nicht gelten lassen. Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt: Kinderbetreuungslandschaften, die von privat-gewerblichen Anbietern geprägt sind, stellen nicht nur ein hohes Risiko für dauerhafte Kita-Angebote dar. Auch die Qualität der Betreuung leidet vielerorts unter dem Druck der notwendigen Wirtschaftlichkeit. Deshalb war und bleibt es meine Forderung: keine Gleichstellung von gemeinnützigen Trägern und privat-gewerblichen bei der Förderfähigkeit!

## KinderArm

Genauso vollmundig wurde die Ministerin, wenn sie sich an den Punkt Bekämpfung der Kinderarmut heran wagte. Diese sollte durch eine Verbesserung des Kinderzuschlages bewerkstelligt werden – auch hier wurde viel Papier gefüllt. Der Kinderzuschlag wurde unter Rot/Grün geschaffen, um Familien vor dem Hartz IV Bezug zu schützen, wenn sie durch ihre Erwerbsarbeit zwar den eigenen sogenannten Bedarf decken, nicht aber den ihrer Kinder. Gerade aber die Reform, an deren Ende die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu ALG II stand, hat für ein explosionsartiges Anwachsen der Kinderarmut geführt. Die gesetzten Ziele für die Verbesserung des Kinderzuschlages waren auch nötig. Von Beginn an merkte man dem Kinderzuschlag an, dass er der Feuerwehrmann für die verkorkste Sozialpolitik der Vorgängerregierung sein sollte. Er war ausgesprochen kompliziert geregelt und hatte so viele Hürden und Tücken in sich, dass die Ablehnungsquote bei nahezu 90% aller gestellten Anträge lag. Von Hilfe für die betroffenen Familien konnte keine Rede sein. Denn lange mühsame Antragsverfahren mit einer fast sicheren Ablehnung am Ende sind ganz gewiss nicht das, was man familienfreundliche Sozialpolitik nennt. Er wurde am Ende verändert – wirklich verbessert hat diese Änderung den Kinderzuschlag nicht.

Dass die auch nicht gewollt war, wurde in den Folgemonaten klar. Die Mehrwertsteuererhöhung riss tiefe Löcher in die Haushaltskassen der Familien, das Kindergeld wurde nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst und entsprechend erhöht – was eine effektive Maßnahme im Kampf gegen Kinderarmut gewesen wäre – es wurde in seiner Bezugsdauer sogar noch gekürzt. Hatte man bis dato bis zum 27. Lebensjahr einen Anspruch auf Kindergeld, endet dieser nun mit 25 Jahren. Für Studierende aus finanziell schwächeren Familien ein schmerzhafter Einschnitt. Wenig später folgte die Kürzung des ALG II Regelsatzes für die unter 25jährigen und das damit verbundene „Auszugsverbot“. Die später erfolgte Anhebung des Kindergeldes um 10,- € ist von der LINKEN scharf als völlig unzureichend kritisiert worden. Auch unser Antrag, wenigstens diese 10,- € nicht bei Hartz IV anzurechnen, wurde von allen Fraktionen abgelehnt. Der größte Kritikpunkt bei der (unterlassenen) Bekämpfung der Kinderarmut bleibt aber die Gestaltung des Regelsatzes für die unter 18-Jährigen. Es war eines meiner vorrangigen Ziele, ein linkes Konzept zu erarbeiten, das endlich Schluss damit macht, dass Kinder als „preiswerte Erwachsene“ betrachtet werden. Doch auch 2009, nachdem das Bundessozialgericht die Ableitung der Leistungen für Kinder prozentual vom Eckregelsatz eines Erwachsenen als nicht verfassungsgemäß abstrafte, bewegt sich auf den schwarz-roten Regierungsbänken nichts.

Ich bin sehr froh, dass ich mit meinem Wunsch, mich genau diesen Fragen zu stellen und für DIE LINKE neue Konzepte zu erarbeiten, in der Fraktion viel Unterstützung gefunden habe. Wir konnten der sozialen Schieflage und damit verbundenen gesellschaftlichen Ausgrenzung von über 2 Millionen Kindern unser Konzept entgegenstellen. In diesem Konzept fordern wir unter dem Titel „Kinder brauchen mehr“ die Schaffung einer eigenständigen Kindergrundsicherung, die Kinder vor Armut schützt, weil sie sich an deren Bedarfen und Bedürfnissen orientiert und nicht in der ALG II- Logik stecken bleibt, sondern die Kinder aus den sogenannten Bedarfsgemeinschaften herauslöst. Dazu wollen wir die beiden existierenden Leistungen Kindergeld und Kinderzuschlag Schritt für Schritt so weit verbessern und ausweiten, dass sie für jedes Kind gleichermaßen wirken und am Ende die Kindergrundsicherung als ein eigenständiges, armutsfestes und teilhabesicherndes soziales Sicherungssystem steht.

Als weiteren wichtigen Baustein betrachte ich das Zusammenspiel von finanzieller Unterstützung von Kindern und ihren Familien und dem Ausbau von Infrastruktur. Wenn Familien von Armut betroffen sind, bedeutet das für die Kinder nicht selten weniger Zugang zu Bildung. Oftmals sind diese Kinder häufiger krank. Ohne Geld bleiben viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche verschlossen. Das Busticket zum Sporttraining oder zur abendlichen Schultheateraufführung will bezahlt sein. Ein eigenes Zimmer in der elterlichen Wohnung kostet Geld, das oft genug nicht da ist. In den vergangenen vier Jahren habe ich auf vielen Fachtagen und Konferenzen sehr positive Resonanz auf das Kindergrundsicherungsmodell der Fraktion DIE LINKE bekommen.

Das Kindergrundsicherungsmodell „Kinder brauchen mehr“ finden Sie unter:  
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7704058583.pdf>

## KinderWelt

Schon aus meiner eigenen Biographie heraus spielten die Fragen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der Erhalt der freien Jugendhilfe mit der bunten Vielfalt der Vereine und Verbände für die Umsetzung der Teilhaberechte von Kindern und Jugendlichen eine große Rolle in meiner Arbeit.



Rede auf einem Kreisparteitag



Gespräche mit Bürgern im Wahlkreis



Besuch im Klinikum Brandenburg



400 Euro für den Jugendtreff „Jugendwerk“, gesponsort vom Verein der Bundestagsfraktion, dem Diana angehört



Beim Kleeblatt e.V. 22. Juni 2007

„Wir sprechen uns für eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz aus. Manche sagen, Kinder seien Menschen und somit wären ihre Rechte im Grundgesetz bereits geregelt. Doch Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen Bedürfnissen.“

Diana Golze

Auch während meiner Vorsitzzeit in der Kinderkommission habe ich dieses Thema behandeln können. Für meine Arbeit in der Fraktion DIE LINKE steht hier vor allem der Antrag „Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen erweitern – Partizipation umfassend sichern“.  
Drucksachenummer: 16/7110

Vielmehr aber konnte ich meine Positionen mit den Verbänden und Vereinen diskutieren und sie auf ihre Realitätstauglichkeit bei Jugendlichen überprüfen. Auf dem Festival Berlin'08, der Jugendmesse YOU in Berlin sowie auf verschiedenen Veranstaltungen innerhalb und außerhalb Brandenburgs konnte ich zum Einen ausmachen, dass Kinder und Jugendliche sehr wohl ein Interesse haben, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und sich für ihre Belange zu engagieren. Zum Anderen treffen sie aber auch immer wieder auf Blockaden und Bremsklötze, die es ihnen schwermachen, dies zu tun. Kinder- und Jugendparlamente sind vom Wohlwollen der Bürgermeister und kommunalen Parlamente abhängig, Schülervertretungen stehen nicht selten vor dem Problem, dass sie bei der Diskussion um pädagogische und organisatorische Fragen draußen bleiben, weil es in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche gesetzliche Grundlagen gibt.

Für mich stellt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben allerdings eine wichtige Grundlage für gesellschaftliches Leben an sich dar. Denn nur durch Tun lernen Kinder und Jugendliche das, was von ihnen später erwartet wird: Teilhabe an dem, was in unserem Land passiert. Als Linke möchte ich eine Gesellschaft, in der jede Stimme und jede Meinung wichtig ist. Dazu leisten alle, die Kinder und Jugendliche an Beteiligungsformen heranführen, einen unermesslich wichtigen Beitrag – den des Erlernens. Ich habe während der Haushaltsverhandlungen versucht, mit Anträgen auf die Situation der Jugendhilfeträger aufmerksam zu machen. Hier wird seit langer Zeit der Rotstift angesetzt, was dazu führt, dass dieser wichtige Baustein für außerschulische Bildung immer öfter und stärker an seine Grenzen stößt.

## KinderRecht

Beschämenderweise ist die Diskussion um die Rechte von Kindern eine traurige Never-Ending-Story in der Bundesrepublik. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch meine politische Arbeit. Das internationale Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde von der Bundesrepublik ratifiziert und trat 1992 hier auch in Kraft. Doch wurde die UN-Kinderrechtskonvention nicht vollständig anerkannt. So stehen bis heute noch die Vorbehalte einer vollständigen Umsetzung im Wege. Es wurde viel in der deutschen Gesetzgebung verändert und dadurch die Rechte von Kindern gestärkt. Dies ist vor allem in den Kindschaftsrechtsfragen geschehen, die nun zum Beispiel den Umgang von Kindern mit beiden Eltern auch nach einer Trennung deutlich besser regeln. Auch die Gleichstellung von Kindern von nicht verheirateten Eltern war ein wichtiger Schritt für die Umsetzung der Kinderrechte.

Seit Jahren wird die Bundesregierung durch den Ausschuss der UN zur Umsetzung der Kinderrechtscharta, durch Anträge aus den verschiedenen Bundestagsfraktionen und letztlich durch Petitionen aufgefordert, mit den Ländern zu einer Einigung zu kommen, diese Vorbehalte endlich zurückzunehmen. Denn der noch bestehende Vorbehalt trifft die wohl Ungeschütztesten: Flüchtlingskinder, die ohne Begleitung eines Erziehungsberechtigten oder einen Verwandten in Deutschland leben, diese nicht selten in Kriegen oder

durch Verfolgung verloren haben und in der Bundesrepublik schon ab dem 16. Lebensjahr bei Abschiebungen wie Erwachsene behandelt werden. Das bedeutet Unterbringung in Massenunterkünften, Abschiebehaft, beschleunigte Asylverfahren ohne die Stellung eines Vormundes, der sie rechtlich begleiten kann. Für DIE LINKE im Bundestag habe ich in den vergangenen Jahren mit vielen Organisationen zusammengearbeitet und über parlamentarische Initiativen versucht, diesen Kindern die Rechte zu geben, die ihnen zustehen. Doch diese Initiativen sind an der Schwarz/Roten Regierung und der CDU/CSU-Fraktion genauso gescheitert, wie eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz.

Beides ist längst überfällig. Im Grundgesetz finden sich Kinder nur an einer Stelle wieder, im Artikel 6, der sie jedoch nur als „Regelungsgegenstand“ der Norm, also Objekte betrachtet: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (Art.6 GG, Absatz 2). Kinder werden nicht als Rechtssubjekte behandelt, eigenständige Kinderrechte findet man nicht, im Jahr 2009 ein Zustand, der nichts mehr mit der Realität zu tun hat.

Kinderrechte gehören endlich ins Grundgesetz und müssen vorbehaltlos umgesetzt werden. Das soll auch meine Zielmarke für die nächste Legislaturperiode sein. Denn Kinderrechte, die einklagbar sind, bilden den Grundstein für die vielen Probleme, Politikfelder und Maßnahmen, die mich seit 2005 intensiv beschäftigt haben – Kinderwelten, die kein Kind draußen stehen lassen.

## KiKo Kinderkommission

Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Abweichend von der Besetzung anderer Ausschüsse, die sich nach der zahlenmäßigen Stärke der Fraktionen richtet, gehören der Kinderkommission jeweils nur ein Vertreter bzw. eine Vertreterin jeder Fraktion an. Alle ordentlichen Mitglieder der Kinderkommission gehören auch dem Ausschuss an. Dadurch können wir die Interessen der Kinder auch in diesem Gremium vertreten und haben einen Zugang zu allen parlamentarischen Rechten, die den Ausschüssen und ihren Mitgliedern zustehen. In der derzeit laufenden 16. Legislaturperiode des Bundestages bilden folgende Parlamentarierinnen die Kinderkommission: Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht (SPD), Miriam Gruß (FDP), Diana Golze (DIE LINKE) und Ekin Deligöz (Grüne).

In der Kinderkommission gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Danach kann die Kommission nur handeln, wenn alle Mitglieder zustimmen. Kommt dieses einheitliche Votum nicht zustande, kann jedes Mitglied für sich versuchen, ein Anliegen vorzubringen. Die Mitglieder der Kinderkommission lösen sich ca. alle 9 Monate beim Vorsitz ab. Meine Vorsitzzeit hatte ich von Mai 2008 bis zum Januar 2009.

Die Kinderkommission feierte 2008 ihr zwanzigjähriges Bestehen. Bevor sie eingerichtet wurde, gab es immer wieder die Forderung, einen Kinderbeauftragten des Deutschen Bundestages als Ansprechpartner für die Belange der Kinder zu installieren. In seinen Sitzungen am 21. April und 5. Mai 1988 beschloss der Ältestenrat des Bundestages, die Kinderbeauftragten der Fraktionen als offizielle Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder einzusetzen. Im Parlamentsalltag wird das Gremium kurz und knapp KiKo genannt.

Die Kinderkommission versteht sich als parlamentarische und außerparlamentarische Interessenvertretung und will kinderpolitische Signale setzen. Sie unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verbände, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Interes-



### Die Kinderkommission

präsentiert sich im Internet unter:  
[www.kinderkommission.de](http://www.kinderkommission.de).  
Sie ist auch erreichbar unter E-Mail:  
[kinderkommission@bundestag.de](mailto:kinderkommission@bundestag.de),  
per Telefon: 030 / 2 27-3 05 51,  
per Fax: 030 / 2 27-3 60 55  
bzw. postalisch: Kinderkommission,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Kinder und Jugendliche, die den Bundestag persönlich besuchen möchten, können sich an den Besucherdienst wenden. Es gibt spezielle Kindertage, an denen gesonderte Führungen für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren angeboten werden.

Sie finden im Jahr 2009 am 2. März, 8. Juni, 14. September und 30. November statt. Kinder müssen mindestens von einem Erwachsenen begleitet werden. Jugendgruppen und Schulklassen werden gebeten, sich möglichst frühzeitig anzumelden.

Nähere Informationen werden unter:  
030 / 2 27-3 21 52 erteilt.



*Gespräche in der Kinderkommission*

sen von Kindern einsetzen. Die Arbeitsweise der Kinderkommission ist vielfältig. Neben den turnusmäßigen Sitzungen laden wir zu Anhörungen zu kinderpolitischen Themen ein, führen Gespräche mit Experten und versuchen mit unserer Öffentlichkeitsarbeit, die Allgemeinheit für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren. Jedes Mitglied der Kommission legt Arbeitsschwerpunkte für die laufende Wahlperiode fest. Die CDU-Abgeordnete Michaela Noll engagierte sich besonders für die Themen „Kinder und Sport“, „Kinder und Medien“ sowie „Kinder und Gewalt“. Die Arbeitsschwerpunkte der SPD-Abgeordneten Marlene Rupprecht waren „Kinder und Gesundheit“, „Kinder und Behinderung“ sowie „Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention“. Miriam Gruß, die Vertreterin der FDP-Fraktion in der Kinderkommission, bearbeitete die Bereiche „Kinder und Mobilität“, „Kinder und Kultur“ sowie „Kinder und Alltag“. Die Grünen-Politikerin Ekin Deligöz hat sich den Kampf gegen Vernachlässigung von Kindern und gegen soziale Ausgrenzung, die Elementarbildung und frühkindliche Förderung sowie das Thema „Kinder und Ernährung“ auf ihre Fahne geschrieben. Mein politischen Schwerpunkte waren und sind weiterhin:

## 1. Stärkung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen

Das bedeutet u.a. die Diskussion um die Absenkung des Wahlalters und die Verankerung von Kinder- und Jugendparlamenten in Städten und Kreisen. Ich möchte Demokratie für Kinder und Jugendliche erfahrbar, erlebbar und attraktiv machen. Sie müssen spüren können, dass auch sie etwas ändern können. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe, sind vollständige Mitglieder der Gesellschaft und verdienen eigene Rechte. Auch die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist ein Thema. In der Kommission sind wir uns über alle Partei- und Fraktionsgrenzen einig, dass Kinderrechte ins Grundgesetz gehören. Leider teilt die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion diese Auffassung nicht und blockiert die notwendige Verfassungsänderung. Doch jedes der fünf Mitglieder versucht weiter in seiner Fraktion Mehrheiten zu finden. Ich denke, in der 16. Wahlperiode bestanden die besten Voraussetzungen um das Recht der Kinder im Grundgesetz zu verankern. Die Große Koalition hatte die Chance das Thema auf die Agenda zu setzen und auch noch mit ihrer 2/3 Mehrheit durchzubekommen. Wir haben noch eine kleine Hoffnung, dass wir es in dieser Legislaturperiode schaffen.

## 2. Kinderarmut, ein Problem, das sich zunehmend verschärft

War es noch vor einigen Jahren ein Tabu darüber zu sprechen, so drängt diese Problematik zum Glück immer stärker in das öffentliche und politische Bewusstsein. Während meines neunmonatigen Vorsitzes habe ich mich insbesondere der Bekämpfung der Kinderarmut gewidmet. Laut Angaben des Deutschen Kinderhilfswerks leben derzeit bundesweit 2,5 Millionen Kinder unter dem Existenzminimum. Unglaublich, unmöglich in einem reichen Land wie Deutschland. Zu diesem Themenschwerpunkt, der das Gros meines Vorsitzes umfasste, wurden Anhörungen und Expertengespräche im Bundestag und vor Ort durchgeführt. In meiner Funktion als Vorsitzende der Kinderkommission habe ich auch an der Gründungsveranstaltung der Landesarmutskonferenz Brandenburg teilgenommen und meine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Kinderarmut angeboten.

### 3. Kinder- und Jugendhilfe unter den momentanen demografischen Entwicklungen politisch gestaltet

Der Begriff „demografische Rendite“ gehört für mich zu den politischen Unwörtern. Noch vor wenigen Monaten wurde er von Familienministerin von der Leyen oft und gerne genutzt. Gemeint war damit, dass durch die abnehmenden Geburtenzahlen Gelder in Größenordnungen eingespart werden, z.B. durch Minderausgaben beim Kindergeld. Ich bin der Meinung, diese Gelder dürfen nicht ins große schwarze Loch der Schuldentilgung fallen, sondern müssen weiterhin für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen. In den letzten Jahren ist in Bund, Ländern und Kommunen bei der Kinder- und Jugendhilfe in unverantwortlicher Weise der Rotstift angesetzt worden. Dies muss schnellstens gestoppt und rückgängig gemacht werden. Vor allem in den ländlichen Regionen müssen Jugendclubs erhalten und niedrigschwellige Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien ausgebaut werden. Denn weniger Kinder bedeutet nicht weniger Bedarf an Unterstützung!

Weitere Themen werden an die Kinderkommission durch die laufende politische Debatte, durch aktuelle Entwicklungen sowie durch Verbände und Institutionen herangetragen. Aber natürlich wenden sich auch Kinder und Eltern direkt an die Kommission und ihre Mitglieder. Übrigens sind wir fünf Politikerinnen in der Kinderkommission nicht nur fachpolitisch auf der Höhe, sondern auch im Alltag sind wir mit den Belangen von Kindern bestens vertraut. Alle fünf Parlamentarierinnen sind Mütter. Zusammen bringen wir es auf acht Kinder. Aber auch die Grenzen des Tätigkeitsbereichs der Kinderkommission sind klar gesetzt. So mischen wir uns grundsätzlich nicht in Einzelfälle ein, bei denen die Interessen der Kinder zwischen Eltern oder Behörden bzw. anderen Akteuren umstritten sind. So kann die Kinderkommission zum Beispiel keinen Streit um das Sorgerecht entscheiden, nicht in die Entscheidungen von Jugendämtern eingreifen und auch keine Gerichtsentscheidungen aufheben. Und auch bei Anfragen von Kindern, wie sie mehr Taschengeld bekommen könnten, sind wir nicht die richtige Adresse. Dennoch erhalten alle kleinen und großen Fragesteller eine Antwort.

Der Erfolg der Kinderkommission besteht in einer Vielzahl von Detailfragen, die zum Wohle von Kindern verändert werden konnten. Dazu gehört unter anderem die Ausrüstung von Lkw mit Zusatzspiegeln, um den so genannten toten Winkel zu beseitigen. Auch konnte die Kinderkommission die Textilindustrie überzeugen, keine reißfesten Kordeln mehr in Kinderbekleidung einzunähen. Dadurch konnte die Gefahr von tragischen Unfällen verringert werden, da sich zuvor immer wieder Kinder mit den Kordeln stranguliert hatten.

### Direkter Draht in den Bundestag

Welchen Standpunkt vertritt ein Politiker zum Thema Umweltschutz, zur Erhöhung des Kindergeldes oder einem neuen Auslandseinsatz der Bundeswehr? Wie sieht die Arbeit im Deutschen Bundestag aus und was macht das Mitglied des Bundestages aus deinem Wahlkreis so in der Freizeit? Das lässt sich rausfinden!

Ein direkter Draht zu Bundestagsabgeordneten für Kinder und Jugendliche ist die Internetplattformen [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de). Wenn man mit den Politikern aus dem Deutschen Bundestag diskutieren und sich in die aktuellen Diskussionen einmischen will, bietet sich hier eine hervorragende Möglichkeit. Die Seite spricht vor allem politisch interessierte Teenager und auch die, die „nur“ mal reinschnuppern wollen, an.



Ich habe als ein virtuelles Mitglied der „Fraktion Mitmischen“ mit zahlreichen Jugendlichen diskutiert.

Themen waren:

- Sieben Prozent für eine kinderfreundliche Gesellschaft
- Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik!
- Demokratie lebt von Teilnahme
- Helfen statt Wegsperrern
- Kinder an die Macht
- Frauen in die Politik!

Die Debatte können Sie verfolgen. Wo?

[www.mitmischen.de/wordpress/index.php/category/diana-golze-die-linke/](http://www.mitmischen.de/wordpress/index.php/category/diana-golze-die-linke/)



© Deutscher Bundestag/  
Lichtblick/Achim Melde

# Abstimmungen

## Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Wahlkreis 61

Im Bundestagswahlkreis 61 (Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I) treten Frau Andrea Voßhoff (CDU) und ich erneut an. Die langjährige Abgeordnete der SPD, Frau Dr. Margrit Spielmann, kandidiert nicht wieder – dafür stellt sich der derzeitige Außenminister Frank-Walter Steinmeier in diesem Wahlkreis dem Votum. Da er bisher kein Mitglied des Deutschen Bundestags war, konnte er sich an den Abstimmungen nicht beteiligen. Als Mitglied der Bundesregierung hat er aber alle Entscheidungen mit auf den Weg gebracht.

Die FDP und Bündnis90/Die Grünen hatten in der 16. Wahlperiode keinen Abgeordneten aus diesem Wahlkreis im Deutschen Bundestag. Der FDP-Kandidat Heinz Lanfermann wechselt aufgrund erhoffter medialer und politischer Aufmerksamkeit den Wahlkreis. Im Jahr 2005 trat er im Wahlkreis 62 (Potsdam - Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II) an und kam über die Landesliste in den Deutschen Bundestag. Prof. Dr. Joachim Gessinger, der Kandidat von Bündnis90/Die Grünen, trat zur Bundestagswahl im selben Wahlkreis an, ohne ein Mandat zu erreichen.

### Erhöhung der Mehrwertsteuer 19. Mai 2006

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde mit Stimmen von Union und SPD beschlossen.

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD				X
Andrea Astrid Voßhoff	CDU				X
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	Die LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen			42		8

### Anpassung und Veränderung von Hartz IV

1. Juni 2006 (Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende) Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD hat der Bundestag eine Verschärfung des sog. Hartz IV Gesetzes beschlossen.

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD	X			
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen			48		3

### Gesundheitsreform 2. Februar 2007

Mit 378 Ja-Stimmen hat der Bundestag der umstrittenen Gesundheitsreform zugestimmt. Die Opposition stimmte geschlossen dagegen, mit ihr auch 23 Abgeordnete von CDU/CSU und 20 Abgeordnete der SPD-Fraktion.

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD	X			
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen			48		2

### Tornado-Einsatz 9. März 2007

Mit großer Mehrheit hat der Bundestag dem Tornado-Einsatz in Afghanistan zugestimmt.

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD		X		
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP	X			
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen		26	21	4	

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD	X			
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen			51		

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD		X		
Andrea Astrid Voßhoff	CDU		X		
Heinz Lanfermann (neu)	FDP				X
Diana Golze	DIE LINKE	X			
Bündnis90/Die Grünen		46		5	

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD			X	
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen			46		5

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD		X		
Andrea Astrid Voßhoff	CDU		X		
Heinz Lanfermann (neu)	FDP	X			
Diana Golze	LINKE	X			
Bündnis90/Die Grünen			47	1	3

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD		X		
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen			46		5

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD		X		
Andrea Astrid Voßhoff	CDU		X		
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE	X			
Bündnis90/Die Grünen		45			

Name	Partei	Dafür	Dagegen	Enthalten	Abwesend
Dr. Margrit Spielmann	SPD	X			
Andrea Astrid Voßhoff	CDU	X			
Heinz Lanfermann (neu)	FDP		X		
Diana Golze	DIE LINKE		X		
Bündnis90/Die Grünen				43	8

### Rente mit 67

9. März 2007

Mit den Stimmen der Koalition hat der Bundestag die „Rente mit 67“ beschlossen.

### Mindestlöhne

14. Juni 2007

Die Koalitionsfraktionen und die FDP haben einen Antrag der LINKEN zur Einführung von Mindestlöhnen abgelehnt.

### Diätenerhöhung

16. November 2007

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten ab 2008 beschlossen.

### Rückkehr zur alten Pendlerpauschale

25. September 2008

Mit den Stimmen von Union, SPD und Grüne hat der Bundestag einen Antrag der Linken zur Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale abgelehnt.

### BKA-Gesetz

12. November 2008

Mit dem BKA-Gesetz, darf das Bundeskriminalamt bei der Terrorabwehr erstmals auch präventiv tätig werden. Dazu erhält das BKA neue Befugnisse wie die Möglichkeit zur Online-Durchsuchung. Erste Klagen gegen das Gesetz sind bereits angekündigt.

### Änderungsantrag zum Konjunkturpaket II (Kinderregelsätze) 13.02.2009

13.02.2009

463 Abgeordnete von CDU/CSU, SPD und FDP haben gegen den Antrag der LINKEN gestimmt, einen am Kindesbedarf orientierten ALG II Regelsatz für Kinder und Jugendliche einzuführen.

### Enteignung von Banken

20. März 2009

Die Große Koalition hat den Weg für die Enteignung von Bankaktionären freigegeben. FDP und LINKE stimmten dagegen, die Grünen enthielten sich. Das Gesetz ist auf eine Übernahme der Hypo Real Estate zugeschnitten.



*Spenden von links nach rechts:  
Café Contact in Brandenburg a.d.H.,  
Brandenburger Tafel,  
Brandenburger Verein für  
Alleinerziehende Mütter und Väter*



### Spenden (monatlich 250,- €) aus der Diätenerhöhung

2008

- Behindertenbeirat Brandenburg a.d.H.
  - Jugendfanfarenzug Belzig
- 290,- € Krisen- und Beratungszentrum für Frauen in Rathenow (ein Kühlschrank)
  - Literatur- und Theatercafé des Nachbarschaftsheimdes Jüterbog
  - Förderverein der Grundschule Rathenow West
- Verein Alleinerziehender Mütter und Väter, Brandenburg a.d.H.
  - Belziger Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt
  - Deutsch-Französische Gesellschaft Premnitz e.V.
- Behindertenverband Jüterbog e.V.
  - Premnitzer Kita „Waldhaus“
- Verein für Arbeit und Leben, Belzig
  - Petzi's Kinderland, Jüterbog

2009

Die Gesamtsumme für die Erhöhung der zweiten Stufe ging an den Kleeblatt e.V. – Zentrum für Familien und Kinder, Rathenow.

- Tee- und Wärmestube Werder/Havel
- Café Contact in Brandenburg a.d.H.
- Kita Glühwürmchen e.V. in Jüterbog
  - Ruderverein in Rathenow
- Verein Jüterböckchen in Jüterbog

... und es geht weiter!

## Konsequent abgelehnt – Ich spende meine Diätenerhöhung

Am 16. November 2007 stimmten 377 Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Großen Koalition für eine schrittweise Erhöhung der einkommensteuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung zum 1. Januar 2008 auf 7.339 Euro (um 4,7 Prozent, 330 Euro) und zum 1. Januar 2009 auf 7.668 Euro (um 4,48 Prozent, 329 Euro). Die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat sich einstimmig dagegen ausgesprochen.

DIE LINKE wollte es nicht bei ihrem **Nein** belassen. Was tun? Kurzerhand habe ich mich entschlossen, neben den Spenden, die ich ohnehin für soziale Zwecke leiste, die Diäten-Erhöpfung, abzüglich der von mir darauf zu entrichtenden Steuern, ab Januar 2008 monatlich verschiedenen Projekten in meinem Wahlkreis oder auch darüber hinaus im Land Brandenburg zugute kommen zu lassen. Auf meine mediale Bekanntmachung meldeten sich in kürzester Zeit 40 ganz unterschiedliche Projekte aus dem gesamten Wahlkreis bei mir.

Seit Januar 2008 arbeite ich die Liste ab. Monatlich spende ich den Nettomehrbetrag von 250 Euro und kann mir gleichzeitig ein konkretes Bild über die Situation von Kitas, Jugendclubs, Vereinen und anderen sozialen Einrichtungen vor Ort machen. In Gesprächen erfahre ich, dass es selten am Engagement der Menschen mangelt, dafür aber an finanzieller und manchmal auch politischer Unterstützung.

Aus Verantwortung und nicht aus Populismus erhielten im vergangenen Jahr jeden Monat soziale und gemeinnützige Einrichtungen im Wahlkreis 61 meine Diätenerhöhung. Auch 2009 spende ich diese. Ich kann es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, die eigenen Bezüge in Zeiten zu erhöhen, in denen alle anderen die Gürtel enger schnallen müssen. Solange nicht Löhne, Renten und Hartz IV Bezüge steigen, solange werde ich das Geld an diejenigen, die es wirklich benötigen, weitergeben.

## Idylle in Brandenburg?

Seit 2005 gibt es wieder eine »LINKE« Fraktion im Bundestag. Fünf ihrer Mitglieder haben ihren Wahlkreis im Land Brandenburg. Seitdem halten wir engen Kontakt zu Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern und teilen wir die starke Verbundenheit zu unserem schönen Land. Um den Boden unter den Füßen zu behalten, schwärmen wir in den sitzungsfreien Wochen in unsere Wahlkreise aus. In der ersten Woche der parlamentarischen Sommerpause bereisen wir auch gemeinsam die Landkreise, die nicht direkt zu unseren Wahlkreisen gehören, im Rahmen unserer jährlichen Landesgruppen-Tour. Wir sehen es als dringende Aufgabe an, unser Möglichstes für diesen idyllischen Flecken Erde zu tun. Brandenburg – das ist mehr als schöne Alleen, weite Felder und Kiefernwälder. Leider gehören soziale Missstände wie hohe Arbeitslosigkeit oder starke Abwanderung aus den Regionen dazu. Mit unserem Engagement, zum Beispiel für einen gesetzlichen Mindestlohn und gegen Hartz IV, machen wir uns für gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Gerechtigkeit stark. Wir streiten für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ostdeutscher Regionen. Damit stellen wir uns bewusst gegen die Brandenburger Landesregierung, die Niedriglöhne als Standortvorteil anpreist. Zusammen mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern wollen wir für die Zukunft unseres Landes einstehen und für eine neue soziale Idee kämpfen. Unser Ziel ist eine gerechte, transparente, demokratische und friedliche Politik. In den Sitzungswochen informiert die Landesgruppe regelmäßig, über aktuelle Politik und parlamentarische Initiativen und bezieht zu gesellschaftlichen Debatten Stellung. Schauen Sie einfach mal rein: <http://www.diana-golze.de/bundespolitik/bundestagreport>

## Brandenburg als Ganzes stärken

Fast 27% der Brandenburger Wählerinnen und Wähler gaben bei der vergangenen Bundestagswahl 2005 ihre Stimme für DIE LINKE. Diesem großen Vertrauensvorschuss haben wir fünf gewählte Abgeordnete Taten folgen lassen: So machen wir uns für die Förderung des Tourismus in der Region stark – einem zukunftsträchtigen Wirtschaftszweig für Brandenburg. Wir unterstützen die ökologische Landwirtschaft und den Widerstand gegen die Agrogentechnik, die leider auf Brandenburger Feldern immer öfter zum Einsatz kommt. Wo immer möglich erheben wir unser Wort gegen den Rechtsextremismus. Erfolgreich haben wir es geschafft, dass trotz anders lautender Pläne der Bundesregierung in Brandenburg auch weiterhin Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus gefördert werden. Als Landesgruppe beteiligen wir uns am jährlichen Wettbewerb „Zivilcourage vereint“ der Bundestagsfraktion. Als massive Schädigung für die Entwicklung Brandenburgs und der Interessen seiner Einwohnerinnen und Einwohner sehen wir die geplante militärische Nutzung des Bombodrom-Geländes in der Kyritz-Ruppiner-Heide an. Bisher haben wir gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Initiativen die militärische Nutzung verhindert. Wir stellen uns gegen die Pläne des Energieversorgers Vattenfall, den Braunkohleabbau in Brandenburg auszuweiten und dadurch weitere Orte zu vernichten. Dazu unterstützten wir eine erfolgreiche Volksinitiative und ein leider erfolgloses Volksbegehren. Stattdessen plädieren wir für eine Vorreiterrolle des Landes bei den erneuerbaren Energien, zum Beispiel durch den Ausbau des Solarstandortes Frankfurt (Oder). Eine künftige nachhaltige Energieversorgung gründet sich für uns auf dezentrale Anlagen und Projekte. Das Konzept der Landesregierung »Stärken stärken« löst die Probleme nicht. Es bleibt dabei: Wir wollen ein Brandenburg der Regionen! Alle Landesteile haben einen Anspruch auf Förderung und gleichwertige Lebensverhältnisse. Um dem gerecht zu werden, fordern wir eine andere Qualität von Investitionen – vor allem in »Köpfe«, in Forschung und Entwicklung sowie in eine soziale Infrastruktur. Um die Eigenständigkeit der Regionen voranzubringen sowie den vielen kreativen, intelligenten Ideen und Projekten der Menschen in Brandenburg eine Chance zu geben, braucht das Land eine nachhaltige Unterstützung von Existenzgründungen.



*Die Landesgruppe Brandenburg (v.l.n.r.): Prof. Dr. Lothar Bisky, Diana Golze, Dr. Dagmar Enkelmann, Wolfgang Nešković, Dr. Kirsten Tackmann,*

### Wer sind WIR?

- **Wolfgang Nešković;** Rechtspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE; stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses
- **Prof. Dr. Lothar Bisky;** Medien- & Filmpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE; Obmann im Unterausschuss »Neue Medien«, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien; Vorsitzender der Partei DIE LINKE
- **Dr. Kirsten Tackmann;** Sprecherin Verbraucherschutz und Landwirtschaft; Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion; Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- **Diana Golze;** Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE; Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Vertreterin der Linksfraktion in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages
- **Dr. Dagmar Enkelmann;** Seit 2005 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages; Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Mitglied im Ältestenrat und im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung



**ZUR DEBATTE ÜBER MICHINGENWALT**  
**„Wir müssen die Urtsachen bekämpfen“**  
 Das Wahlkreiskomitee ist bereit, die Urtsachen bekämpfen zu wollen, sondern auch die Urtsachen bekämpfen zu wollen. Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen. Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen. Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen.



**Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam**  
 Diana Golze, Bundestagsabgeordnete der Linken, überreicht eine Spende von 2.500 Euro an die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen. Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen. Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen.

**SICHERHEIT**  
 Abgeordnete für besseren Kinderschutz

**MITTELMARKT** Diana Golze, Bundestagsabgeordnete aus Rathenow, fordert einen besseren Schutz für Kinder im Straßenverkehr. Golze nimmt Bezug auf den Montagvormittag, an dem ein 10-jähriges Mädchen in Berlin von einem PKW überfahren wurde. Die Urtsachen bekämpfen zu wollen, ist ein Ziel, das wir verfolgen wollen.

**Geld für das Jubiläumsfest**

Diana Golze, Bundestagsabgeordnete der Linken, überreicht eine Spende von 250 Euro an die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

**Mehrverdienst für eine gute Sache**  
 Bundestagsabgeordnete Golze (Die Linke) überreicht 250-Euro-Spende an die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.



**Mehrverdienst für eine gute Sache**  
 Bundestagsabgeordnete Golze (Die Linke) überreicht 250-Euro-Spende an die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

**Linke rüsten zum Wahlkampf**

**POLITIK** Diana Golze kandidiert erneut im Wahlkreis 61 für den Bundestag.

Von Hermann M. Schröder

**BELZIG** Die Linken im Landkreis Potsdam-Mittelmark bereiten sich auf den diesjährigen Wahlmarathon vor. Dabei üben sie sich ganz offensichtlich in einem Spagat. Während die Linken auf der Bundesebene ganz klar weiter auf dem Oppositionskurs fahren wollen, möchten sie im Land Brandenburg den Weg in eine Koalition mit den Sozialdemokraten nicht verbauen. „Rund 85 Prozent unserer Wähler würden einer rot-roten Regierung zustimmen“, erklärte Kerstin Kaiser, Fraktionschefin der Linken im Potsdamer Landtag. Dennoch werde der Wahlkampf mit klaren Inhalten geführt, kündigte sie kürzlich bei einem Treffen mit der Spitze des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark in Belzig an.



**Diana Golze.** FOTO: MAZ/ARCHIV

tracht, wenn unsere Ziele erreicht und unsere Interessen gewahrt werden können“, stellte die Fraktionsvorsitzende klar. Das gelte für die Reform des Gesundheitswesens ebenso wie den öffentlichen Personennahverkehr. Wichtig sei, so die Landtagsabgeordnete, dass im Wahlkampf nichts versprochen werde, was sich anschließend nicht umsetzen lasse. Der Wahlkampf solle deshalb so „sachlich, seriös und kompetent“ wie möglich geführt werden. „Wenn unser Wahlprogramm im Sommer fertig ist,

werden Vorschläge unterbreitet, wie ein Politikwechsel geschaffen ist“, kündigte Kaiser an. Die Wahlen für das Europäische Parlament am 7. dieses Jahres seien ein Test.

Die linke Politikerin gleichzeitig scharfe Kritik der rot-schwarzen Koalition im Landtag. „Die SPD nichts gemacht in den Jahren“, so Kaiser. Das Altsystem im Land Brandenburg bezeichnete sie als „kommen“. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zudem deutliche Reserven der Bundespolitik gezei-

Kandidatin für den Bundestag in unserem Wahlkreis 61 ist die Mandatsinhaberin Diana Golze. Sie tritt gegen Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Andrea Voßhoff (CDU) an. „Die gehören zu der Koalition, die das verbochen hat, was wir bekämpfen wollen“, erklärte Golze und nannte als Beispiel die Kinderarmut. Golze hat noch keinen Mitbewerber aus den eigenen Reihen.

Herbst ist eine Zeit mit Ausstellungen und vielen kulturellen Veranstaltungen.

Die Bundestagsabgeordnete war in dieser Woche im Wahlkreis 60 unterwegs. Vor den Mitgliedern der Basisorganisation Borkwalde erklärte sie ihre Zielsetzung einer Kindergrundsicherung, die sich am tatsächlichen Bedarf der Heranwachsenden orientiert. „Eine armutsfeste Grundsicherung für alle Leistungsbezieher in die Senkung der Steuer auf 1

Seit Wochen verfolge ich aufmerksam die Diskussion um den Belziger Bahnhof. Nach der Ankündigung der MAZ (Flämisch-Echo) wollte ich mir selbst ein Bild machen vom beschriebenen Ein-gastfreundlicher Bahnhof sieht anders aus. Schnell kam ich mit Bürgern aus Belzig und Umgebung ins Gespräch. Hier einige Erfahrungen und Meinungen:

**BELZIG/BORKWALDE** Jedes vierte Kind im Land Brandenburg lebe in Armut. Deshalb werde die Linke zu den Wahlen des nächsten Jahres für ihre Strategie der nachhaltigen Armutsbekämpfung werden. Das hat Diana Golze (Die Linke) angekündigt.

Die Bundestagsabgeordnete war in dieser Woche im Wahlkreis 60 unterwegs. Vor den Mitgliedern der Basisorganisation Borkwalde erklärte sie ihre Zielsetzung einer Kindergrundsicherung, die sich am tatsächlichen Bedarf der Heranwachsenden orientiert. „Eine armutsfeste Grundsicherung für alle Leistungsbezieher in die Senkung der Steuer auf 1

vermichtendes Urteil über das Tor zur Kur- und Kreistadt Belzig, das nicht das einzige dieser Art gewesen sein sollte. „Sie haben hier das Personal abgezogen, so dass man weder Informationen noch einen Kurort kann in diesen Bahnhof nun wirklich nicht betrachten.“

Dienstleistungen für Kinder auf sieben Prozent sowie ein gebührenfreier Zugang zu Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität gehören dazu“, sagte sie.



**ZU „SYSTEM EISENBahn WÜRDE KOLLABIERN“, MAZ VOM 22. MÄRZ**

**„Als ein Aushängeschild für einen Kurort kann man diesen Bahnhof nun wirklich nicht betrachten“**

Herz. „Schauen Sie sich doch diese Schmierereien an – das hat man nun davon, wenn man auf Personal verzichtet.“

Zuvor hatte die 33-jährige zweifache Mutter beispielhaft

Vorgeschmack auf die Privatisierung. Als ein Aushängeschild für einen Kurort kann man diesen Bahnhof nun wirklich nicht betrachten. Touristen haben keine Ansprechpartner, es fehlen Informationen und die einfachsten Hilfestellungen. „Und nun wurde aus baulichen Gründen der Durchgang geschlossen, so dass man nun nicht mal den

Bahnhof – noch halten Züge. Mal sehen wie lange noch, überste sie weiter.“

tes kommunales und bürgerschaftliches Engagement in der Spargelstadt Belzig gewürdigt. Eine Delegation des aktiven Jugendklubs hat sich als Dankeschön zum Parlamentsbesuch nach Berlin eingeladen. Dem Verein Kindersorgen-SorgenKinder hat sich 250 Euro überreicht – der monatliche Mehrbetrag seit der jüngsten Erhöhung der Abgeordneten-Diäten.

In Belzig hatte Diana Golze derved für die Teilnahme an bis 9. Februar laufende Volksbegehren „Gegen neue Tagebaue“ in der Lausitz geworben. Vor dem Rathaus haben die Menschen sowohl in haltliche Argumente als auch organisatorische Hinweise

Meiner Meinung nach ist es Zeit zum Handeln in Belzig eine Stadt, die auf Tourismus und Wellness setzt, muss dringend das Image seines Eingangstores aufpolieren. Gefragt sind verantwortungsvolle Bürger. Abgeordnete aller demokratischen Parteien sowohl des Landes als auch der Stadt sowie ein Umkleiden bei den Verantwortlichen der Bahn. Es ist begrüßenswert, wenn diese



**Diana Golze im Bundesausschuss**  
 Rathenow, Diana Golze, Bundestagsabgeordnete der Linken aus Rathenow, ist auf dem Landesparteitag der Linken in den Bundesausschuss der Partei gewählt worden. Der Bundesausschuss ist das Gremium, das aussehend von Er-



**Tüten und Geld gespendet**

Diana Golze (Mitte), Bundestagsabgeordnete der Linken, hat gestern gleich mit Gelebte Toleranz und Vielseitigkeit (rechts: Tokessa Bothe (l.), P...)

**Ausweg aus dem Alptraum**

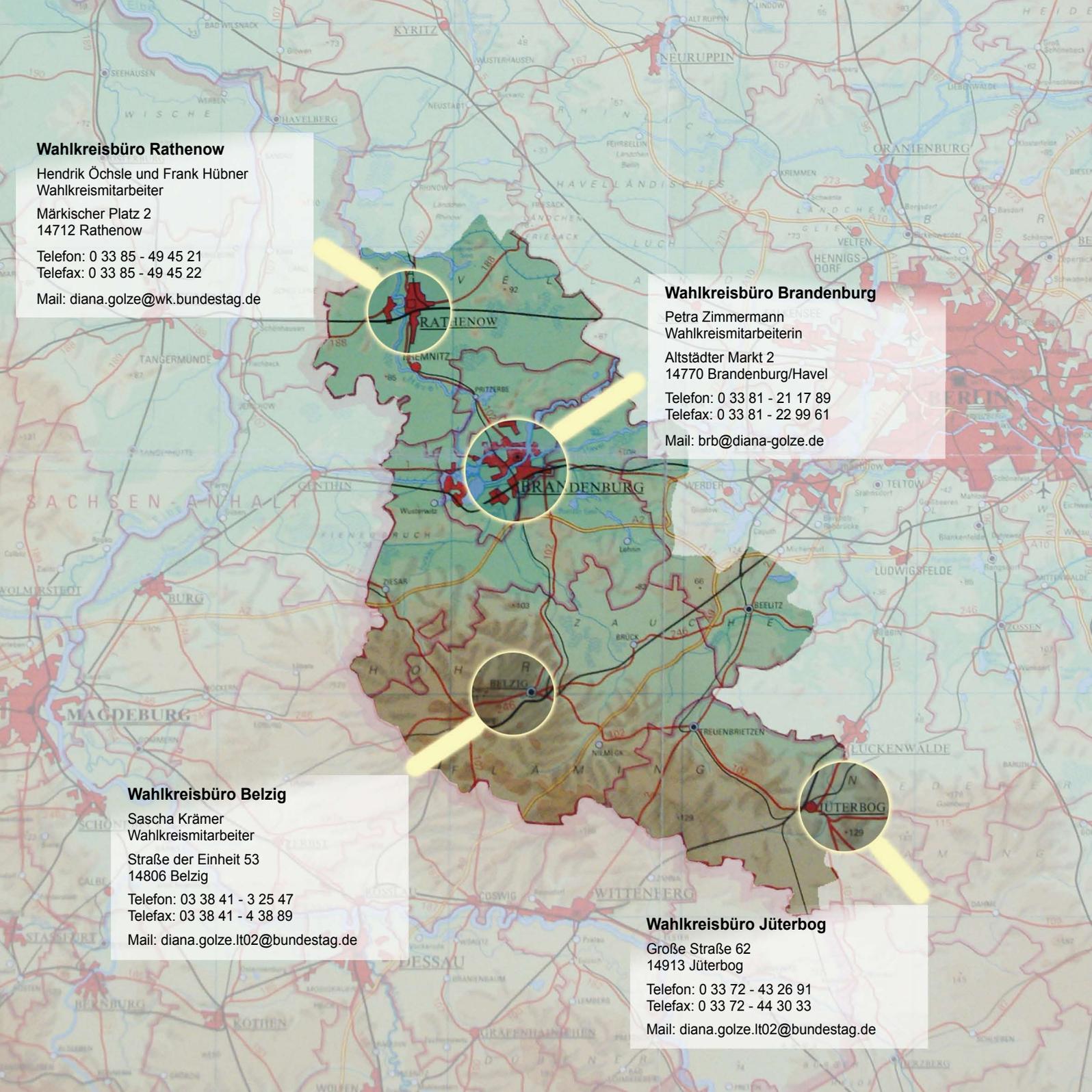
Diana Golze betätigt sich an Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen



**Hilfte in ihrem Wahlkreis... Diana Golze**

**Gegen Kinderarmut und Tagebaue**

PARTEIEN Bundestagsabgeordnete Diana Golze (Die Linke) im Wahlkreis unterwegs



**Wahlkreisbüro Rathenow**

Hendrik Öchsle und Frank Hübner  
Wahlkreismitarbeiter

Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow

Telefon: 0 33 85 - 49 45 21  
Telefax: 0 33 85 - 49 45 22

Mail: [diana.golze@wk.bundestag.de](mailto:diana.golze@wk.bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Brandenburg**

Petra Zimmermann  
Wahlkreismitarbeiterin

Altstädter Markt 2  
14770 Brandenburg/Havel

Telefon: 0 33 81 - 21 17 89  
Telefax: 0 33 81 - 22 99 61

Mail: [brb@diana-golze.de](mailto:brb@diana-golze.de)

**Wahlkreisbüro Belzig**

Sascha Krämer  
Wahlkreismitarbeiter

Straße der Einheit 53  
14806 Belzig

Telefon: 03 38 41 - 3 25 47  
Telefax: 03 38 41 - 4 38 89

Mail: [diana.golze.lt02@bundestag.de](mailto:diana.golze.lt02@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Jüterbog**

Große Straße 62  
14913 Jüterbog

Telefon: 0 33 72 - 43 26 91  
Telefax: 0 33 72 - 44 30 33

Mail: [diana.golze.lt02@bundestag.de](mailto:diana.golze.lt02@bundestag.de)

# Politik für Menschen vor Ort

**Jeder Abgeordnete ist seinen Wählern verpflichtet und hat zwei Arbeitsplätze: im Bundestag und im Wahlkreis.**

Für meine Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete ist die kommunalpolitische Verankerung wichtig. Als Stadtverordnete in Rathenow und Kreistagsabgeordnete im Havelland erfahre ich aus erster Hand die Problemlagen in den Kommunen. Gleichfalls kann ich mir als Kommunalabgeordnete vor Ort ein Bild davon machen, welche konkreten Auswirkungen die Bundespolitik auf das Leben in den Städten und Gemeinden hat. Natürlich ist das kommunalpolitische Engagement mit nicht unerheblicher zeitlicher Belastung verbunden. Aber diese Herausforderung nehme ich gern an, da sie mir wichtige Impulse und zusätzliche Informationen für meine parlamentarische Arbeit im Bundestag gibt. Als Abgeordnete mit einem Wahlkreis in relativer Nähe zum Sitz des Parlaments ist es durchaus möglich, die Aufgaben auf den unterschiedlichen parlamentarischen Ebenen zu koordinieren.

Darüber hinaus konnte ich in meiner Funktion als kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion und Mitglied der Kinderkommission von meiner Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss des Landkreises Havelland profitieren. Hier werden die Kommunalpolitiker unmittelbar mit den Problemen der Jugendarbeit konfrontiert.

Letztlich gibt es noch einen Grund, als Bundespolitikerin auch kommunalpolitisch verankert zu sein: es erdet. Nirgendwo ist Politik so hautnah zu erleben wie vor Ort. Daher wünschte ich mir, noch mehr meiner Kolleginnen und Kollegen in Berlin hätten dieses basispolitische Standbein.

## Was macht ein MdB ...

... wenn er nicht im Bundestag ist und wo ist er oder sie dann? Nein, ich liege nicht in der Sonne oder bin im Urlaub. Dies ist die Zeit für politische Arbeit bei den Menschen. Meine letzten vier Jahre teilten sich in Sitzungswochen, die ich überwiegend in Berlin verbrachte und in Wahlkreiswochen, die ich mir mehr oder weniger frei einteilen konnte. Besuche von Vereinen, sozialen Einrichtungen, Unternehmen, Krankenhäusern, Ortsbegehungen, Bürgersprechstunden und viele Termine mehr standen auf meiner Liste.

Diese interessanten und abwechslungsreichen Tage verbrachte ich bei den Menschen, sah mir ihre konkreten Lebensbedingungen und hörte mir in Bürgersprechstunden ihre Meinungen, Ideen, Hoffnungen und Sorgen an. Ich suchte gemeinsam mit den Menschen vor Ort nach Lösungen für ganz konkrete Probleme.

Ich besuchte Schulen in Rathenow, Belgig, Brandenburg an der Havel, Jüterbog, Beelitz und Treuenbrietzen. Verschaffte mir einen Überblick über die Situation in den Kitas in Kloster Lehnin, Wusterwitz, Premnitz, Niemeck, Niedergörsdorf und vielen weiteren Orten. Diskutierte mit Jugendlichen über die Situation in ihrem Jugendclub, fragte nach Jugendparlamenten und notierte mir ihre Forderungen an die Politik. Führt Gespräche mit BürgermeisterInnen und AmtsdirektorInnen über Lärmschutz, Steintherme, Ortsumgebung, Privatisierung von Krankenhäusern oder die Situation von Bahnhöfen. Sprach mit ÄrztInnen und Pflegepersonal, LehrerInnen und ErzieherInnen, PolizistInnen, SoldatInnen und RettungssanitäterInnen. Ging in Schulen und redete mit den SchülerInnen über die „große“ und natürlich auch die „kleine“ Politik. BürgerInnen berichteten von den Hartz-IV-Repressalien, Kita-Erzieherinnen vom schlechten Betreuungsschlüssel und Jugendliche vom 10-jährigen Bestehen ihres Jugendclubs ...



*Eröffnung des Wahlkreisbüros in Brandenburg*



*Das Wahlkreisbüro in Belgig*

## Das Team stellt sich vor



**Astrid Böttger**

Als Büroleiterin ist sie diejenige, die mit wachem Auge meine Termine und die Abläufe in meinem Büro so organisiert, dass ich den Überblick behalten kann. Sie ist der Garant dafür, dass ich immer die passenden Unterlagen im Gepäck habe und dann auch noch weiß, wo ich wann sein muss. Nicht nur die Verwaltung aller Büroschlüssel allein macht sie zu einer Schlüssel-Figur in meinem Berliner Büro, sondern auch die Abstimmung meines Kalenders mit den Wahlkreisbüros.



**Anja Stiedenroth**

Sie ist so etwas wie mein zweiter Kopf in Berlin. Sie heckt gemeinsam mit mir und den Fachreferenten Anträge, Anfragen oder andere parlamentarische Initiativen aus, hackt für mich Presseerklärungen und Reden auf die Festplatte und hockt ewigkeiten am Rechner für Recherche in Vorbereitung von Veranstaltungen, zu denen ich durch die Bundesrepublik reise. Manchmal ist es mir schon unheimlich, dass sie vorher weiß, was ich über bestimmte Sachen denke.

Hier im Wahlkreis holte ich mir Anregungen für meine politische Arbeit in Berlin und konnte die Auswirkungen der Bundespolitik im Landkreis und in der Kommune erleben. Die Erfahrungen der Wahlkreiswochen brachten mich zum nachdenken, manchmal zum neu orientieren aber immer sporten sie mich an, weiter für die Menschen im Wahlkreis zu arbeiten.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land

Die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum sinkt – und das dramatisch. Ganze Regionen werden abgehängt. Tragisch wird die Situation in den großen ländlich geprägten und immer dünner besiedelten Regionen. Schon heute sind existentielle Versorgungsleistungen wie Lebensmittelladen, Kindergarten, Schule, Arzt und Apotheke nicht mehr flächendeckend am Wohnort gesichert. Wenn man den Rückzug der Politik aus diesen Räumen sieht, dann braucht man sich über folgende Zahlen nicht wundern: 33% der 18- bis 25-Jährigen wollen unbedingt umziehen; ein Grund bei dieser Altersgruppe sind fehlende Arbeit- und Freizeitmöglichkeiten. Ein Drittel aller jungen Frauen will weggehen.

Die Maschen im räumlichen Versorgungsnetz werden in den ländlichen Gebieten weiter. Dies zieht sich durch alle Facetten des täglichen Lebens. Sei es das Ausdünnen der sozialen und technischen Infrastruktur – Schulen werden geschlossen, Jugendarbeit wird zurückgefahren, kulturelle Angebote werden weniger und der Bus, der fährt auch nicht mehr überall hin. Zwar wird im Allgemeinen die ärztliche Grundversorgung noch als gut bis befriedigend beurteilt. Aber auch hier bildet der ländliche Raum eine Ausnahme. So z.B. ist laut Umfrage für mehr als ein Drittel der Menschen ein Orthopäde weder im eigenen noch in den Nachbarorten erreichbar. Ähnliches bei den Wartezeiten – mehr als die Hälfte der Ostdeutschen muss länger als einen Monat auf einen Augenarzttermin warten – und dies überwiegend in ländlich geprägten Regionen.

Einen Rückzug der Politik aus dem ländlichen Räumen darf es nicht und wird es mit uns nicht geben. Ich sage, alle Brandenburgerinnen und Brandenburger haben das Recht auf einen Grundkanon öffentlicher Leistungen, der die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall herstellt. Dafür arbeiten ich und die Partei DIE LINKE im Kreis, im Land und im Bund.

## Der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg ist hauptstadtzentriert und nicht ausgereift

Angesichts der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausdünnung der öffentlichen Daseinsvorsorge werden die Städte als zentrale Orte mit ihrer sozialen Infrastruktur für die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer wichtiger. Eine landesweite Verteilung von starken Zentren, die als wirtschaftliche Lokomotiven, öffentliche Dienstleister, kulturelle Mittelpunkte und soziale Versorger für ihre Regionen dienen, ist unverzichtbar. Ich befürchte, dass der Landesentwicklungsplan die Perspektiven vieler Städte im ländlichen Raum zerstört. Daher forderte ich bereits frühzeitig Korrekturen. Wenn Städte und Gemeinden, die bislang Aufgaben der Grundversorgung wahrnehmen, von der Landesförderung abgekoppelt werden, dann gehen nicht nur dort, sondern auch in der Umlandregion die Lichter aus.

Die LINKE in Brandenburg verfolgt eine andere Politik. Wir haben die politische Grundhaltung, welche politische Realitäten anerkennt – sich aber nicht mit den Verhältnissen abfindet. Wir halten am übergeordneten Ziel der brandenburgischen Landesverfassung fest, die in Artikel 44 gleichwertige Lebensverhältnisse vorsieht. Daran darf nicht gerüttelt werden! Auch angesichts großer regionaler Unterschiede, vielfältiger Problemlagen und begrenzter Finanzen haben alle Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf einen Grundkanon öffentlicher Leistungen, der eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall im Land herstellt. Ich halte die landesplanerische Grundidee, regionale Zentren zu fördern, weiterhin für zielführend. Bislang fehlte es an politischem Willen bei der Zuteilung der Ressourcen und Kompetenzen. Durch konsequente Prioritätensetzungen in der Landesplanung und Förderpolitik sowie bei öffentlichen Investitionen und Funktionsansiedlungen sollen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der zentralen Orte in den Regionen wieder gestärkt werden. Angepasst an die Realität heißt für mich: ein gleichberechtigter und kostengünstiger Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Gebieten, sowohl in der Landeshauptstadt Potsdam als auch in den Kreisstädten Belzig und Rathenow. Auf der Höhe der Zeit heißt für mich: eine öffentliche Daseinsvorsorge, die in hoher Qualität, flächendeckend, verlässlich und dauerhaft für alle Menschen vorzuhalten ist.

## Mobilität für alle – überall!

Stell dir vor, du stehst am Bahnhof und es kommt kein Zug. Nicht heute, nicht morgen aber wahrscheinlich übermorgen ein mögliches Szenario und der ländliche Raum ist am stärksten betroffen. Der ÖPNV ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Nur die öffentliche Hand sichert die Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben, die die gesamte Gesellschaft sowohl im Landkreis als auch im Land betreffen. Damit fällt die Daseinsvorsorge in die Zuständigkeit des Staates. Nur er kann Teilhabe aller überall sichern. Der ÖPNV muss eine öffentliche Aufgabe sein, da Private nicht in der Lage sind bzw. den Anspruch haben, die Leistung so zu erbringen. Private Leistungserbringung würde breite Teile der Gesellschaft ausschließen. Bei Privatisierung stehen Effizienz und Renditevorgabe des Unternehmens im Vordergrund. Und deswegen dürfen Entscheidungen für diesen Teil der Daseinsvorsorge nicht von privatwirtschaftlichen Interessen abhängig gemacht werden. Die Folgen – ganze Regionen mit den darin lebenden Menschen werden abgehängt. Bei den vergangenen Debatten wurde man den Verdacht nicht los, dass sich der Staat über den Umweg der Privatisierung der Deutschen Bahn seines Versorgungsauftrages entledigen möchte. An dieser Stelle eine abschließende Frage. Ist privat gleich besser? Der Verfechter der Privatisierung sollte sich einmal die private British Rail und die französische Staatsbahn SNCF betrachten. Ich sage an dieser Stelle: Wer etwas verändern will, trägt die Beweislast.

## Tourismus – Motor und Chance für den ländlichen Raum

Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen, eine schrumpfende Infrastruktur und massive Abwanderung prägen die wirtschaftliche und soziale Lage in diesen Räumen. Lokale und regionale Strukturen lösen sich im ländlichen Raum auf und führen zu einem dramatischen Niedergang des dörflichen Lebens. Hier ist Tourismus oft der Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit unverzichtbaren Impulsen für den lokalen Arbeitsmarkt. Doch ist Tourismus – und dazu noch ein florierender – nicht Grund für eine positive Entwicklung, sondern eine erhoffte Folge. Tourismus findet meist nur dort statt, wo eine



**Dr. Michael Klundt**

Seit 2007 gehört auch Michael Klundt zu unserer, in der Fraktion inzwischen legendären Frühstücksrunde. Als kinder- und jugendpolitischer Referent der Fraktion arbeitet er mit mir zusammen an den Positionen der Fraktion. Liebevoll „Unser Professor“ genannt, findet er – akribisch tüfelnd – auch die verstecktesten Winkelzüge in Gesetzestexten, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und „sonstigen“ Veröffentlichungen. Selbstverständlich ist dann auch oft schon ein Vorschlag da, wie wir als Fraktion darauf reagieren können.



**Anja Friedrich**

Anja Friedrich ist seit 2007 als verstärkender Arm von Astrid zu uns gekommen. Vor allem bei der umfangreichen und oftmals nervenaufreibenden – weil sehr kleinteiligen – Vorbereitung meiner Ausschussarbeit, steht sie als studentische Hilfskraft wirklich hilfreich zur Seite. Auch für die PraktikantInnen, die regelmäßig in unserer Bürogemeinschaft gearbeitet haben, war sie meist der wichtige „Erstkontakt“ – organisatorisch, bürotechnisch und (vor allem in den ersten Tagen) orientierungstechnisch.



Hendrik Öchsle

Er ist der Dreh- und Angelpunkt, um den sich die Wahlkreisbüros bewegen, die ich über den weitläufigen Wahlkreis „verstreut“ habe. Bei ihm laufen alle Anfragen zusammen: Termine im Wahlkreis, Besuchergruppen, die mich und meine Arbeit im Bundestag vor Ort in Augenschein nehmen möchten. Aber auch für Fragen, die die politische Arbeit im Wahlkreis betreffen, ist er Ansprechpartner. Außerdem begleitet er mich bei den Veranstaltungen im Wahlkreis und ist ein häufiger Gast in unserem Berliner Büro, weil er die Besuchergruppen durch den Bundestag führt und dies alles meist mit seinem unvergleichlichen Humor.



Frank Hübner

Mit seiner Nachtaktivität versucht er alles in seiner Kraft stehende, mich in der Wahlkreispresse in das richtige (Tages-) Licht zu rücken. Und auch wenn ich dabei immer ein schlechtes Gewissen habe (nachts sollte man ja eigentlich schlafen und nicht arbeiten), hat seine sprichwörtliche Unermüdlichkeit zur Folge, dass man inzwischen nicht mehr so leicht an der Abgeordneten Diana Golze vorbei kommt, ohne sie im Artikel wenigstens zu erwähnen.

intakte soziale und technische Infrastruktur vorhanden ist. Das heißt ein funktionierendes Fern- und Nahverkehrssystem. Geschlossene Bahnhöfe und lahm gelegte Strecken führen selten zu einem Mehr an Touristen. Weitere wichtige Schlagworte sind Toleranz, Offenheit, Bildung und Sicherheit und natürlich muss ein touristisches Angebot vorhanden sein. DIE LINKE forderte Ende 2008 die Bundesregierung auf, auch den barrierefreien Tourismus noch intensiver zu fördern und dafür zu sorgen, dass „entlang der gesamten touristischen Servicekette“ an einer flächendeckenden, nachhaltigen und strategischen Planung für Barrierefreiheit gearbeitet wird.

Im Mittelpunkt des Tourismus steht – sowohl auf der einen, als auch auf der anderen Seite – der Mensch. Es bedarf solcher, die anbieten und solcher, die nachfragen. Doch wo sind diejenigen, die sich engagieren, die ihre Region vermarkten und voran bringen wollen? Es werden leider immer weniger. Vor allem die Jüngeren fehlen. Wir müssen ihnen Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft jenseits von Transferzahlungen und Subventionen anbieten. Dafür sind eine solide schulische Grundversorgung zu sichern und verstärkt Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Ein boomender Tourismus ist Zeichen einer erfolgreichen Region. Also lasst uns gemeinsam die Rahmenbedingungen so verändern, dass wir erreichen, dass das Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und die Stadt Brandenburg an der Havel wirtschaftlich boomende und lebenswerte Tourismusregionen werden. Das Potential ist da!

Gegen die Interessen der zahlreichen Pendler entschied das Parlament, als es die vollständige Anerkennung der Pendlerpauschale ablehnte. Am 25. September 2008 forderte DIE LINKE in einem Antrag (Drs-Nr. 16/9167) die zum 1. Januar 2007 durchgesetzte Einschränkung der Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sofort zurückzunehmen und diese wieder vollständig als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben anzuerkennen. Ich machte mich dafür im Bundestag und im Wahlkreis stark. Leider fand unser Antrag keine Mehrheit. Als einzige Abgeordnete des Wahlkreises 61 stimmte ich für die Aufhebung der Einschränkung. Dies wäre vor allem in den ländlich geprägten Regionen meines Wahlkreises, in denen der Weg zur Arbeit immer weiter wird und die Zahl der Pendler stetig wächst, wichtig. Zudem sind seit der Einschränkung der Entfernungspauschale die Kraftstoffpreise rasant gestiegen, was die Pendler zusätzlich belastet. Erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende 2008 hat der LINKEN Recht gegeben – und die Pendlerpauschale wurde von Seiten der Regierung als längst fälliger Konjunkturanzreiz verkauft, als Sieg der Vernunft. Die Pendlerpauschale ist jedoch nicht durch politische Einsicht zurückgekommen, sondern durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts!

## Leistungsfähige Breitbandinfrastruktur überall

Hier geht es um Zukunftsvorsorge, denn ohne schnelle Internetanschlüsse funktionieren weder E-Learning, noch E-Health oder auch E-Gouvernement. Ohne Breitband werden Menschen von den Möglichkeiten des Internets und damit der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe abgeschnitten, kleine Gewerbetreibende in ihrer Existenz gefährdet und Entwicklungschancen ganzer Regionen beeinträchtigt. Fehlende Breitbandanschlüsse sind ein spürbares Hemmnis für Neuansiedlungen oder den Ausbau von Unternehmen – sind ein wirtschaftlicher Standortnachteil besonders in den ländlich geprägten Regionen weit entfernt von Berlin. Während in Ballungsgebieten die Zugänge zum Internet immer schneller werden, müssen viele ländliche Regionen immer noch ohne hochleistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur auskommen. Breitband ist relevant für die Verbesserung der Standortqualität ländlicher Regionen.

Nach der Privatisierung der Deutschen Telekom wird auf Grundlage betriebswirtschaftlicher Faktoren entschieden, wo es sich lohnt, diese Dienstleistungen zu erbringen. Ballungsräume weisen mit Blick auf Kostenfaktoren und Nachfragebedingungen Vorteile gegenüber dünn besiedelten Räumen auf. Darum finden wir hier eine bessere Versorgung zu günstigeren Konditionen. Unterschiede zwischen Ballungen und ländlichen Gebieten werden sich in dieser marktwirtschaftlichen Ordnung auch in Zukunft nicht vermeiden lassen. Die Privatisierung der Telekom war tödlich für die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen – bezogen auf die Versorgung mit Breitband.

DIE LINKE will die Telekommunikations-Unternehmen in die Pflicht nehmen. Sie fordert Breitband-Anschlüsse als Universaldienstleistung gesetzlich festzuschreiben – darunter ist eine gemeinwohlorientierte Leistung, welche gemeinschaftsweit erfüllt sein sollte, zu verstehen. Mit den sich daraus ergebenden Verpflichtungen soll der Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu qualitativ hochwertigen Grundversorgungsleistungen gegen ein vertretbares Entgelt gesichert werden, als Mindeststandard, der jedem zusteht. So hätte jeder Haushalt Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Internetanschluss. Bereits heute ist ein Telefonanschluss im Telekommunikationsgesetz als Universaldienst definiert und steht jedem Menschen zu. So wird verhindert, dass private Telekommunikationskonzerne sich auf die profitablen Ballungszentren konzentrieren und Telefonanschlüsse auf dem Land vernachlässigen. Was für normale Telefonanschlüsse gilt, muss heute auch für schnelle Internetanschlüsse gelten! Der nötige Netzausbau könnte dabei über einen Fonds finanziert werden, in den private Breitbandbetreiber nach bestimmten Regeln einzahlen. So kommt es nicht zu einer „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“, bei der private Anbieter Gewinne in Ballungszentren machen, der teure Netzausbau auf dem Land aber dem Steuerzahler aufgebürdet wird.

Ich setze mich für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen ein, daher dürfen die ländlichen Räume auch in der Frage der Internet-Versorgung keinesfalls abgehängt werden. Schaffung von Breitband überall ist in diesem Sinne ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich werde mich auch weiterhin auf Kreis- und auf der Bundesebene dafür einsetzen.

## Heranwachsende Generation einbeziehen – für Demokratie begeistern

Wie steht es um eure Mitbestimmungsrechte? Mit dieser Frage wandte ich mich nach Beginn meine Vorsitzzeit in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (KiKo) des Deutschen Bundestages an die Kinder und Jugendlichen im Wahlkreis. Ich war interessiert an den konkreten Erfahrungen, Meinungen, Vorstellungen und Problemen, die es in der Kommune gibt, sei es im Jugendparlament, bei Gesprächen mit der Verwaltung und mit den unterschiedlichen Parteien oder bei der Umsetzung von eigenen Projekten. Gespannt war ich auf die Vorstellungen von der rechtlichen Ausstattung eines Jugendparlamentes und welche Projekte von Jugendlichen vor Ort verfolgt werden. Die Jugendlichen brauchen ein politisches Gremium um ihre Interessen – sei es ein Jugendclub, das kulturelle Angebot oder einfach ein neuer Bolzplatz – zu vertreten.

Echte Beteiligung statt Ausgrenzung und Bevormundung. In verschiedenen Diskussionen zu dieser Thematik „Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen“ erfuhr ich, dass die Ausweitung der demokratischen Teilhabe nicht auf die Erwachsenen beschränkt bleiben darf. Demokratie muss vor allem für Kinder und Jugendliche erfahrbar, erlebbar und attraktiv gemacht werden. Sie müssen spüren können, dass auch sie etwas ändern können und ihre Stimme gehört wird. Das bedeutet für mich u.a. die Diskussion um



Sascha Krämer

Ist als Letzter 2007 in das Wahlkreisteam gekommen und hat seinen Wirkungskreis vor allem in Potsdam-Mittelmark. Zudem ist er fast so schnell wie das noch schnellere Medium Internet: Die Überarbeitung meiner Internetseite, die Beobachtung der verschiedenen Internetplattformen, in denen ich von Bürgerinnen und Bürgern befragt werde, die Zusammenstellung meines monatlichen Newsletters. Er hat immer mal noch eine neue Medienidee.



Petra Zimmermann

Meine „Frau in Brandenburg“, die von den meisten und auch sich selbst nur Zimmi genannt wird, managt alles, was in der Stadt im Land Brandenburg in und bei meinem dortigen Wahlkreisbüro geschieht. Sie organisiert Termine, Pressearbeit und lokale Aktivitäten. Zudem hat sie stets ein offenes Ohr für ALG II-Betroffene. Und sie kennt auch fast jeden, weshalb ich ständig neue Leute kennenlerne und Besuche in der Stadt immer etwas länger dauern.

die Absenkung des Wahlalters und die rechtliche Verankerung von Kinder- und Jugendparlamenten in Städten und Kreisen. So wie momentan die Gründung von der Unterstützung durch Bürgermeister und Kommunalparlament abhängt, ist es für die Jugendlichen wenig attraktiv.

Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und Kinderarmut ist es an der Zeit, mehr für die Teilhabe der heranwachsenden Generationen am gesellschaftlichen Leben zu tun. Das bedeutet zunächst einen unkomplizierten und materiell gesicherten Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und Sport. Kinder- und Jugendparlamente sowie andere Formen der Mitbestimmung sind Foren, in denen die Heranwachsenden ihre Interessen zum Ausdruck bringen und demokratische politische Kultur einüben können. Diese demokratischen Foren müssen dann aber auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein, es geht um mehr als nur um mitreden. Es geht um echte politische Teilhabe der Kinder und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben.

## „Zivilcourage vereint!“

Ich trete ein für eine weltoffene Gesellschaft, in der Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Dieses ist nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Konsequenter als bislang müssen Ideen und Geld in öffentliche Programme investiert werden. Aber Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären über totalitäre Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein. Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit brauchen wir sowohl eine aktive couragierte Bürgerschaft als auch einen Staat, der unterstützt und fördert!

Aus diesem Grund unterstütze ich seit 2006 jährlich den antifaschistischen Wettbewerb der Linksfraktion „Zivilcourage vereint!“. Hiermit wollen wir junge Leute zum kunstvollen und intelligenten Widerstand gegen neofaschistische, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten ermuntern und ihr Engagement würdigen. Es geht uns darum Antifaschismus europaweit zu praktizieren, zu etablieren und zu honorieren. Wir wollen wissen, wie setzen sich junge Menschen gegen die Besetzung von öffentlichem Raum und öffentlicher Meinung durch neofaschistischen, rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Stumpf sinn und dessen Verbreiter zur Wehr? Wir suchen gewaltfreie Ideen, ganz gleich, ob sie bereits umgesetzt sind oder sie erst für unseren Wettbewerb kreiert werden. Wir suchen Konzepte für Antifa-Kampagnen, Berichte von gewaltfreien, originellen Aktionen, von laufenden Antifa-Projekten, aber auch Songs, Theaterstücke und vieles mehr.

Mit den Hauptpreisen – Reisen an die Orte antifaschistischen Widerstandes – wollen wir junge Leute erleben lassen, wie Menschen in der Vergangenheit mutig und solidarisch unter Aufopferung ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit eintraten. Ihre Zivilcourage soll uns Vorbild sein für ein engagiertes, kraftvolles und vereintes Auftreten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa. Dabei sollen die Jugendlichen Geschichte am Orte des Geschehens durch Zeitzeugen und damit aus erster Hand erfahren.



Diana Golze  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## Wettbewerb

### Regularien

Ihr solltet zwischen 16 und 26 Jahre alt sein. Über die Preisträger entscheidet eine fachkundige Jury. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden etwa eine Woche nach Einsendeschluss informiert. Wir bitten um Verständnis, dass wir pro erfolgreichen Wettbewerbsbeitrag nur eine Person prämiieren können. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung der Preise ist nicht möglich.

### Weitere Informationen erhaltet ihr unter:

[www.zivilcourage-vereint.de](http://www.zivilcourage-vereint.de)  
Telefon 030 227-71786  
Telefax 030 227-76070  
Ansprechpartner: Tinko

### Wettbewerbsbeiträge bitte an:

Wahlkreisbüro  
Diana Golze, MdB  
Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon 03385 494521  
Telefax 03385 494522  
[diana.golze@wv.bundestag.de](mailto:diana.golze@wv.bundestag.de)

### Einsendeschluss ist der 3. April 2009

# Zivilcourage vereint

### Was wir wollen

Wir wollen mit unserem Wettbewerb Euer Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unterstützen. Die phantasievollsten und kreativsten **Wettbewerbsbeiträge**, die bei uns eingehen, werden prämiert.

### Anregungen

Ihr könnt sowohl

- **künstlerische Beiträge**, (z. B. Songs und Gedichte, Video-Clips, Drehbücher /Manuskripte, Foto-Dokumente usw.) als auch

- **technische Konzepte bzw. deren Realisierungen** (z. B. für die Gestaltung einer Internetseite, auf der über geplante Naziaufmärsche und Gegendemonstrationen informiert wird, für eine etwas andere Schülerzeitung, für ein „Demo-Kit“ (Was braucht man, um eine antifaschistische (Gegen-) Demonstration zu initiieren?), für eine Opferinitiative usw.) einreichen.

## Vorlesetag

So ein tolles Publikum wie dieses findet man selten! Das habe ich bei den verschiedenen Vorlesetagen in unterschiedlichen Orten im Wahlkreis festgestellt. Überall sah ich begeisterte Kinderaugen. Der Vorlesetag ist eine Initiative der Wochenzeitschrift DIE ZEIT und der Stiftung Lesen. Auch in diesem Jahr können Kinder am bundesweiten Vorlesetag am 13. November 2009 wieder ganz entspannt zuhören. Deutschlandweit lesen an diesem Tag Schauspieler, Autoren, Politiker, Schüler, Vorlesepaten, weitere Lesebegeisterte und Bücherwürmer Kindergeschichten, Märchen und Erzählungen vor.

Dass Lesen bildet, ist eine bekannte Tatsache. Für einige kleine Zuhörer ist das Vorlesen sogar schöner als fernsehen. Damit das so bleibt und noch viele Kinder dieses Erlebnis erfahren können, beteilige ich mich seit 2006 am bundesweiten Vorlesetag. Ich möchte mich dadurch für die Stärkung der Vorlesekultur aktiv einsetzen.

Um leichter eine Brücke zu den Kindern zu schlagen, habe ich versucht, mich für eine Stunde in die Hauptfigur des ausgewählten Buches zu verwandeln. So war ich mal als freche Pippi Langstrumpf, als Lausbube Michel aus Lönneberga oder als Schweizer Märchentante unterwegs. Schnell war jedesmal das Eis gebrochen und ein gespanntes Publikum war begeistert bei der Sache. Wie viel Spaß Vorlesen macht und wie wichtig es als Grundlage für Bildungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ist, veranschaulichen einige der Bilder. Mein Fazit: Das mache ich wieder!

## Danksagung

Ein Zeitraum von vier Jahren scheint auf den ersten Blick nicht sehr lang zu sein. Doch in diesen Jahren ist in meinem Leben einiges geschehen, auf das ich an dieser Stelle zurückblicken möchte. Als ich in den Bundestag einzog, war meine Tochter gerade ein gutes Jahr alt. Die erste Zeit war schwer, wusste ich doch, wenn ich in einer Sitzungswoche montagsmorgens aus dem Haus ging, dass ich sie bis Freitagnachmittag nicht wach sehen würde. Inzwischen ist sie fast fünf und nun eine große Schwester. Im April 2008 kam unser Sohn zur Welt. Ohne meinen Mann Daniel hätte ich Beruf und Familie nicht vereinbaren können. Dank ihm war es mir möglich, Politik für Kinder mit Kindern zu machen.

Auch meinen Schwiegereltern, die zum Glück in der Nähe wohnen, möchte ich an dieser Stelle danken. Die Kinder waren und sind dort immer willkommen, wenn wir Eltern abends oder am Wochenende unterwegs sind. Wenn der Sitz des Bundestages noch Bonn gewesen wäre, hätte ich damals sicher nicht kandidiert, nicht mit kleinen Kindern. So konnte ich das Experiment wagen. Sicher war es nicht immer leicht, aber was wäre die Alternative? Politik im Bundestag, an der junge Mütter nicht beteiligt sind? Ich denke, auf die Mischung kommt es an, deshalb ist es gut und wichtig, dass auch in anderen Fraktionen junge Abgeordnete versuchen, Politik und Familie unter einen Hut zu bekommen.

Und es gab noch andere, die zum Erfolg des Experiments beigetragen haben: Ich danke meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin und im Wahlkreis, die mir ein freundliches Büro organisiert, effektive Wahlkreistage terminiert und stets den Rücken freigehalten haben.

Danke euch allen für diese erlebnisreiche Zeit und für unsere gemeinsame Arbeit!

Eure Diana



*Vorlesetag in Rathenow 2006*



*Vorlesetag in Brandenburg 2007*



*Vorlesetag in Brandenburg 2008*

**Bundestagswahl am 27. September 2009**  
**Wählen Sie regionale und soziale Kompetenz!**  
**Wählen Sie Diana Golze –**  
**eine von hier für Brandenburg!**

**[www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)**